

Europarecht

von

Frank Emmert

Dozent für Europarecht am
Europainstitut an der Universität Basel



C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung
München 1996

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Abbildungsverzeichnis	XXXV

Kapitel 1. Ausbildung und Praxis im Europarecht

§ 1. Der Begriff „Europarecht“ und die Konzeption des vorliegenden Bandes	1
§ 2. Das Arbeiten mit Quellen und Materialien zum Europarecht	3
I. Die Gründungsverträge	3
II. Sekundäre Rechtsnormen	4
III. Urteile des Gerichtshofs	5
IV. Europäische Dokumentationszentren	7
V. Traditionelle Hilfsmittel: Lehrbücher, Zeitschriften und ähnliche Reihen	7
VI. Elektronische Hilfsmittel: CD-ROMS und <i>on-line</i> Datenbanken	9

Kapitel 2. Entstehung und Ziele der Gemeinschaft

§ 3. Der zeitgeschichtliche Hintergrund der Gründung der drei europäischen Gemeinschaften.11
A. Motive für eine Integration Europas11
B. Von der Reichsgründung zur Versailler Friedensordnung12
C. Weimar und der Weg in den Zweiten Weltkrieg13
D. Die Vision der großen Europäer.14
§ 4. Wichtige Entwicklungsschritte der Gemeinschaft bis zum Binnenmarkt 1992 und zum Maastrichter Vertrag17
A. Die Verwirklichung der Zollunion und des Gemeinsamen Marktes17
B. Höhen und Tiefen der Integrationspolitik in den sechziger und siebziger Jahren	18
C. Die Vergrößerung von sechs auf fünfzehn Mitgliedstaaten und die Assoziierungsabkommen.19
I. Die Erweiterung der Gemeinschaft auf fünfzehn Mitgliedstaaten19
II. Das Beitrittsverfahren21
III. Die Assoziierungsverträge gemäss Art. 131 ff. und Art. 238 EGV.23
D. Das Binnenmarktprogramm 199224
E. Die Verhandlungsziele und die Schwierigkeiten bei der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages25
F. Der Aufbau des Maastrichter Vertrages und die korrekte Terminologie27

	Seite	
§ 5. Die erste Säule der EU: Die Wirtschaftsgemeinschaft und die geplante Währungsunion	29	
A. Überblick über die Neuerungen im EGV gegenüber dem früheren EWGV	29	
I. Rahmenvorschriften und allgemeine Grundsätze.	29	
II. Die Unionsbürgerschaft.	29	
III. Institutionelle Vorschriften und Entscheidungsprozesse.	31	
IV. Rechtsschutz vor den Gerichten der EG.	32	
V. Neue Kompetenzbereiche.	32	
B. Die drei Phasen zur Einführung der Währungsunion.	37	
I. Eckdaten aus der Vorgeschichte.	37	
II. Der Zeitplan für die WWU.	39	
C. Die Institutionen der WWU.	41	
I. Das Europäische Währungsinstitut EWI	41	
II. Die Europäische Zentralbank EZB.	41	
III. Das Europäische System der Zentralbanken ESZB.	42	
IV. Kommission und Rat der EU.	42	
D. Der heutige ECU und die künftige gemeinsame Währung	42	
E. Die Konvergenzkriterien für die Währungsunion.	42	
I. Preisstabilität	43	
II. Dauerhaft solide öffentliche Finanzlage.	43	
III. Wechselkursstabilität	43	
IV. Konvergenz der langfristigen Zinsen.	43	
V. Derzeitige Situation in der Gemeinschaft hinsichtlich der Konvergenzkriterien.	44	
F. Chancen und Gefahren der Währungsunion.	44	
§ 6. Die zweite Säule der EU: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	48	
A. Von der EPZ zur GASP.	48	
B. Entscheidungsmechanismen im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.	50	
C. Bisher beschlossene „ <i>Joint actions</i> “ der Europäischen Union	52	
D. Bisher beschlossene „Gemeinsame Standpunkte“ der Europäischen Union	52	
§ 7. Die dritte Säule der EU: Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres	53	I
A. Vorgeschichte der dritten Säule.	53	\
B. Die Neufassung der Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres durch den EUV.	55	I
C. Der institutionelle Aufbau im Bereich Justiz und Inneres.	57	\
D. Bisherige Aktivitäten auf dem Gebiet der gemeinsamen Justiz- und Innenpolitik	58	;
§ 8. Vertiefung und Erweiterung: Die Zukunft der Union	61	{
A. Einführung	61	»
B. Die Aufgabenstellung für die institutionelle Reform	64	'.

	Seite
Wiederholung	67
Kontrollfragen.	67
Lösungen.	67

Kapitel 3. Die fünf Organe der Gemeinschaft, ihre sonstigen Einrichtungen und die anderen Akteure im europäischen Integrationsprozeß

5 9. Die fünf Organe gemäß Art. 4 EGV.	71
A. Allgemeine Bestimmungen über die Organe und sonstigen Einrichtungen	71
I. Überblick	71
II. Bezeichnung der Organe.	72
III. Sitz der Organe.	73
IV. Sprachen der EU.	75
B. Das Europäische Parlament	76
I. Einführung	76
1. Internationales Parlament mit unmittelbar gewählten Volksvertretern	76
2. Wahlen und Wahlverfahren.	77
3. Die Stellung der einzelnen Abgeordneten.	79
II. Zusammensetzung	80
III. Aufgaben und Arbeitsweise.	81
1. Teilung und Kontrolle der Gewalten in der Gemeinschaft	81
2. Gesetzgebungsfunktionen des Parlaments.	82
3. Kontrollfunktionen des Parlaments.	83
4. Arbeitsweise.	85
C. Der Rat	86
I. Einführung	86
II. Der Rat der Europäischen Union.	86
1. Zusammensetzung	86
2. Aufgaben und Arbeitsweise.	88
III. Der Ausschuß der ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten (CoRePer)	91
IV. Der Europäische Rat	92
V. Die im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten.	92
D. Die Kommission.	93
I. Einführung	93
II. Zusammensetzung.	93
1. Das Kollegium „Kommission“.	93
2. Die Behörde „Kommission“.	96
III. Aufgaben und Arbeitsweise.	98
1. Die Aufgaben der Kommission.	98
a) Motor der Integration.	98
b) Hüterin des Gemeinschaftsrechts.	99
c) Vertreterin der Gemeinschaft nach Außen.	100
d) Exekutive der Gemeinschaft	100
2. Die Rechtsetzung im Spannungsfeld zwischen Kommission und Rat	101
E. Der Gerichtshof.	103
I. Aufgaben.	103

	Seite
II. Gerichtshof und Gericht erster Instanz104
III. Zusammensetzung107
F. Der Rechnungshof.107
§ 10. Wichtige sonstige Einrichtungen der Gemeinschaft108
A. Der Wirtschafts-und Sozialausschuß (WSA).108
B. Der Ausschuß der Regionen (AdR).109
C. Die Europäische Investitionsbank (EIB).111
§11. Wichtige andere Akteure im europäischen Integrationsprozeß.112
A. Der Europarat und seine Organe.112
1. Aufgaben.112
2. Ministerkomitee und Parlamentarische Versammlung112
3. Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) und ihre Organe113
B. Die <i>European Free Trade Association</i> (EFTA) und der Europäische Wirtschaftsraum (EWR).114
C. Die Konferenz bzw. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE/OSZE).116
D. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)117
E. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD).118
Wiederholung.119
Kontrollfragen.119
Lösungen.119

Kapitel 4. Quellen des Gemeinschaftsrechts

§ 12. Primäres und sekundäres Gemeinschaftsrecht123
A. Primäres Gemeinschaftsrecht123
B. Sekundäres Gemeinschaftsrecht123
I. Der Erlaß sekundären Gemeinschaftsrechts.123
1. Arten123
2. Das Prinzip der enumerativen Einzelermächtigung125
3. Die Begründungspflicht nach Art. 190 EGV.125
4. Veröffentlichung und Inkrafttreten125
II. Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen.126
1. Verordnungen126
2. Richtlinien.126
3. Entscheidungen.128
III. Änderung, Rücknahme, Widerruf und Aufhebung von verbindlichem Sekundärrecht129
IV. Internes Organisationsrecht der Gemeinschaft131
V. Sonstige Handlungen der Gemeinschaft und gemeinsame Handlungen der Mitgliedstaaten.132
C. Allgemeine Rechtsgrundsätze des Gemeinschaftsrechts.133
D. Richterrecht134

Inhaltsverzeichnis	XV
	Seite
Wiederholung135
Kontrollfrage.135
Lösung.135

Kapitel 5. Grundprinzipien des Gemeinschaftsrechts: Vorrang und unmittelbare Anwendbarkeit

§ 13. Staatliche Normenhierarchie und die Einordnung internationaler Abkommen	137
§ 14. Der Vorrang-Anspruch des Gemeinschaftsrechts141
A. Der Vorrang aus Sicht der Gemeinschaft.141
B. Der Vorrang aus Sicht der Mitgliedstaaten.144
C. Der Vorrang des Gemeinschaftsrechts nach heute herrschender Meinung	150
§ 15. Unmittelbare Anwendbarkeit des primären und des sekundären Gemeinschaftsrechts.152
A. Der Unterschied zwischen unmittelbarer Geltung und unmittelbarer Anwendbarkeit152
B. Vertikale und horizontale unmittelbare Anwendbarkeit.154
C. Das Problem der unmittelbaren Anwendbarkeit von Richtlinien.156
I. Die Besonderheit von Richtlinien hinsichtlich unmittelbarer Geltung und unmittelbarer Anwendbarkeit156
II. Die frühe Rechtsprechung des Gerichtshofs.157
III. Probleme mit der frühen Rechtsprechung des Gerichtshofs.159
IV. Die kumulativen Lösungen in der aktuellen Rechtsprechung des Gerichtshofs.159
V. Verbleibende Probleme.160
Wiederholung.162
Kontrollfragen.162
Lösungen.163

Kapitel 6. Die Kompetenzverteilung zwischen Gemeinschaft und Mitgliedstaaten und zwischen den Gemeinschaftsorganen

I 16. Ausschließliche und konkurrierende Kompetenzen der Gemeinschaft, Präklusion und Subsidiarität (vertikale Kompetenzabgrenzung).167
A. Einführung und Prüfungsaufbau.167
I. Das Problem der Kompetenzzuordnung zur Gemeinschaft167
II. Ausschließliche und konkurrierende Kompetenzen der Gemeinschaft	171
III. Prüfungsschema zur vertikalen Kompetenzverteilung.172
B. Erläuterungen174
I. Normsetzungskompetenz der Gemeinschaft für die betreffende Verordnung oder Richtlinie (Rechtsgebietstest).174
II. Subsidiaritätstest175

	Seite
III. Normsetzungskompetenz der Mitgliedstaaten für Regelungen im fraglichen Bereich	178
IV. Kollisionstest	179
V. Mögliche Ergebnisse des (vertikalen) Kompetenzkonflikts	180
§ 17. Legislativkompetenzen der Gemeinschaftsorgane und Normerlaßverfahren (horizontale Kompetenzabgrenzung).	180
A. Die horizontale Kompetenzverteilung	180
B. Die Normerlaßverfahren nach Art. 189c und 189b EGV im einzelnen	185
I. Das Verfahren der Zusammenarbeit nach Art. 189c EGV.	185
II. Das Mitentscheidungsverfahren nach Art. 189b EGV.	187
C. Die Machtverteilung zwischen den Institutionen in den Normerlaßverfahren	194
D. Das Demokratiedefizit der Gemeinschaft	194
I. Das äußere Demokratiedefizit zwischen Rat und Parlament.	195
II. Das innere Demokratiedefizit im Europäischen Parlament.	196
III. Das innere Demokratiedefizit aus Sicht des deutschen Verfassungsrechts	199
IV. Die Repräsentation der Mitgliedstaaten im Rat als Gegengewicht?	201
V. Wie schwerwiegend ist das innere Demokratiedefizit in Wirklichkeit?	203
VI. Lösungsvorschläge.	205
Wiederholung	208
Kontrollfragen	208
Lösungen	209

Kapitel 7. Rechtsschutz vor nationalen und europäischen Gerichten

§ 18. Einführung	211
A. Aufbau der Darstellung zum Rechtsschutz	211
B. Der Verfahrensgang vor dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften	214
I. Anwendbare Rechtsvorschriften	214
II. Normaler Ablauf des Verfahrens.	215
1. Einreichung der Klageschrift	215
a) Partei- und Postulationsfähigkeit	215
b) Inhaltliche Anforderungen an die Klageschrift	216
c) Verfahrenssprachen.	216
2. Eintragung im Register, Zuteilung der Rechtssachennummer.	217
3. Zuweisung an eine Kammer, Bestimmung des Berichterstatters und des Generalanwalts.	217
4. Mitteilung an den oder die Beklagten	217
5. Veröffentlichung im Amtsblatt	218
6. Verfahrensleitende Entscheidungen.	218
7. Klageerwiderung, Replik und Duplik	218
8. Vorbericht des Berichterstatters.	219
9. Beweisaufnahmeverfahren.	219
10. Erstellung des Sitzungsberichts.	219
11. Mündliche Verhandlung	219

	Seite
12. Schlußanträge des Generalanwalts	220
13. Urteil	221
III. Kosten der Verfahren	221
IV. Vollstreckung der Urteile	222
V. Das Rechtsmittel vom EuG zum EuGH	223
/ 19. Direktverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof	225
A. Klagen gegen Mitgliedstaaten, Art. 169 und 170 EGV	225
I. Vorbemerkungen	225
1. Aufbau des 169er-Verfahrens	225
a) Das informelle Vorverfahren	225
b) Das formelle Anhörungsverfahren nach Art. 169 I letzter HS EGV	227
c) Das Gerichtsverfahren vor dem EuGH	228
2. Abweichungen und allgemeine Fragen zum 169er-Verfahren	228
a) In drei wichtigen Fällen gibt es Abweichungen vom 169er-Verfahren	228
b) Ist die Kommission verpflichtet, gegen Verletzungen des Gemeinschaftsrechts vorzugehen?	229
c) Wie lange dauert ein 169er-Verfahren?	229
d) Wieviele Verfahren leitet die Kommission ein? Wie oft kommt es zu einer Entscheidung des EuGH?	229
II. Prüfungsschema mit Erläuterungen zur Aufsichtsklage nach Art. 169 EGV	230
1. Zulässigkeit einer Aufsichtsklage nach Art. 169 EGV	230
a) Sachliche und funktionelle Zuständigkeit	230
b) Aktivlegitimation bzw. Klageberechtigung	231
c) Passivlegitimation	232
d) Vorverfahren	233
e) Ordnungsgemäße Klageerhebung	234
2. Begründetheit der Aufsichtsklagenach Art. 169 EGV	234
a) Bindende Norm des Gemeinschaftsrechts	234
b) Verstoß durch Tun, Dulden oder Unterlassen	235
c) Keine Rechtfertigung des Verstoßes aufgrund Gemeinschaftsrechts	235
3. Urteilstenor und Kostenentscheidung	238
a) Kein Verstoß des Mitgliedstaats gegen Gemeinschaftsrecht	238
b) Verstoß durch Unterlassen, insbes. NichtUmsetzung von Richtlinien	238
c) Verstoß durch positives Tun	239
III. Die Nichtbeachtung eines 169er Urteils und ihre möglichen Folgen	239
B. Klagen gegen die Gemeinschaft, Art. 173-176 EGV	240
I. Vorbemerkungen	240
II. Prüfungsschema mit Erläuterungen zur Nichtigkeitsklage nach Art. 173 EGV	241
1. Zulässigkeit der Nichtigkeitsklagenach Art. 173 EGV	241
a) Sachliche und funktionelle Zuständigkeit	241
b) Aktivlegitimation bzw. Klageberechtigung	243
c) Passivlegitimation	246
d) Kein Vorverfahren	247

	Seite
e) Ordnungsgemäße Klageerhebung	247
2. Begründetheit der Nichtigkeitsklage nach Art. 173 EGV.	247
a) Unzuständigkeit	247
b) Verletzung wesentlicher Formvorschriften	248
c) Ermessensmißbrauch	248
d) Verletzung des EGV oder einer bei seiner Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm	249
3. Urteilstenor und Kostenentscheidung.	250
III. Prüfungsschema mit Erläuterungen zur Untätigkeitsklage nach Art. 175 EGV.	251
1. Zulässigkeit der Untätigkeitsklage nach Art. 175 EGV.	251
a) Sachliche und funktionelle Zuständigkeit	251
b) Aktivlegitimation bzw. Klageberechtigung	251
c) Passivlegitimation.	253
d) Vorverfahren.	253
e) Untätigkeit des beklagten Organs.	253
f) Ordnungsgemäße Klageerhebung.	254
2. Begründetheit der Untätigkeitsklage nach Art. 175 EGV.	254
a) Rechtspflicht zum Handeln	254
b) Verletzung der Rechtspflicht durch objektive Untätigkeit	255
c) Keine Rechtfertigung der Untätigkeit	255
3. Urteilstenor und Kostenentscheidung.	256
C. Einstweiliger Rechtsschutz durch den Europäischen Gerichtshof.	256
I. Die Aussetzung der Durchführung einer angefochtenen Handlung	256
II. Einstweilige Anordnungen	257
III. Zulässigkeit von Anträgen auf einstweiligen Rechtsschutz.	258
1. Anhängigkeit des Hauptsacheverfahrens.	258
2. Sachliche und funktionelle Zuständigkeit	258
3. Antragsbefugnis.	258
4. Form und Frist	259
5. Rechtsschutzinteresse.	259
IV. Begründetheit von Anträgen auf einstweiligen Rechtsschutz	259
1. Notwendigkeit einstweiligen Rechtsschutzes zur Abwendung schwerer, nicht wiedergutzumachender Schäden.	259
2. Dringlichkeit	260
3. Erfolgsaussichten in der Hauptsache und Interessenabwägung	260
V. Tenorierungen im einstweiligen Rechtsschutz.	260
§ 20. Europarecht in Verfahren vor nationalen Gerichten	261
A. Rechte und Pflichten der Bürger aus Gemeinschaftsrecht, die von nationalen Behörden und Gerichten beachtet werden müssen.	261
B. Das Vorabentscheidungsverfahren nach Art. 177 EGV.	263
I. Einführung.	263
II. Die Zulässigkeit einer Vorlage und ihre Beantwortung	265
1. Zulässigkeit der Vorlage.	265
a) Auslegung und/oder Gültigkeitsprüfung von <i>Gemeinschaftsrecht</i>	265

	Seite
b) Vorlagefähige <i>Fragen</i>	269
c) Vorlageberechtigte <i>Gerichte</i>	270
d) <i>Vorlagepflicht</i> nationaler Gerichte	272
e) Verfahren	273
2. Erzwingbarkeit einer Vorlage durch eine Partei des nationalen Rechts- Streits?	274
3. Beantwortung der Vorlage durch den EuGH	275
a) Keine Bindung an den Wortlaut der Frage(n)	275
b) Keine Beschränkung auf die Auslegung der bezeichneten Normen des Gemeinschaftsrechts	275
c) Entscheidung durch Urteil, Tenorierung und Kostenentscheidung	276
4. Bindungswirkung von Vorabentscheidungsurteilen	276
C. Einstweiliger Rechtsschutz aus Europarecht vor nationalen Gerichten?	276
D. Schadensersatzforderungen gegen nationale Behörden bei Nichtbeachtung des Europarechts	277
I. Das Grundsatz-Urteil im Fall <i>Francoovich</i>	277
II. Die Präzisierung der <i>Francoovich</i> -Grundsätze in der aktuellen Recht- sprechung	279
§ 21. Inzidente Normenkontrolle vor dem EuGH, Art. 184 EGV	281
A. Prüfungsgegenstand	282
B. Prüfungsmaßstab	282
C. Zulässigkeit und Wirkungen der Inzidentkontrolle	283
§ 22. Die außervertragliche Haftung der EG: Anspruchsgrundlage, -Voraussetzungen und -umfang	284
A. Vorbemerkungen	284
B. Prüfungsschema zur außervertraglichen Haftung nach Art. 215 II und III EGV	285
I. Zulässigkeit der Schadensersatzklage	285
1. Sachliche und funktionelle Zuständigkeit	285
2. Aktivlegitimation bzw. Klageberechtigung	286
3. Passivlegitimation	286
4. Kein obligatorisches Vorverfahren	286
5. Ordnungsgemäße Klageerhebung	286
6. Klagefrist	287
II. Begründetheit der Schadensersatzklage	287
1. Tun, Dulden oder Unterlassen, das einem Gemeinschaftsorgan zugerech- net werden kann	287
2. Rechtswidrigkeit	287
3. Schaden	287
4. Kausalität	287
5. Verschulden	288
III. Tenor und Kostenentscheidung	288
Wiederholung	289

	Seite
Kontrollfragen	289
Lösungen	289

Kapitel 8. Grundrechtsschutz im Gemeinschaftsrecht

§ 23. Grundrechte als allgemeine Rechtsgrundsätze des Gemeinschaftsrechts	293
A. Vorbemerkungen	293
B. Die „Entdeckung“ von Grundrechten im Gemeinschaftsrecht	295
C. Der aktuelle Stand der Grundrechtsdogmatik im Gemeinschaftsrecht	298
§ 24. Gleichberechtigung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz	299
A. Vorbemerkungen	299
B. Der Grundsatz der Lohngleichheit in der Rechtsprechung des Gerichtshofs	299
I. Unmittelbare Anwendbarkeit und Drittwirkung	299
II. Was heißt „gleiches Entgelt für ... gleiche Arbeit“?	300
III. Mittelbare Lohndiskriminierung, insbesondere durch Benachteiligung von Teilzeitkräften	300
IV. Diskriminierungen beim Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis und bei Rentenansprüchen	301
C. Die Gleichstellungsrichtlinien des Gemeinschaftsrechts	302
D. Die Beweislastverteilung bei Diskriminierungen am Arbeitsplatz	303
E. Die Rechtsfolgen von Verstößen gegen das Gleichbehandlungsgebot	304
§ 25. Grundrechtsschutz gegenüber Maßnahmen der Mitgliedstaaten?	305
Wiederholung	307
Kontrollfragen	307
Lösungen	308

Kapitel 9. Der Verwaltungsvollzug durch die Mitgliedstaaten

§ 26. Vorgaben des Gemeinschaftsrechts für seinen Vollzug durch die Mitgliedstaaten	309
A. Vorbemerkungen	309
B. Der unmittelbare Vollzug von Gemeinschaftsrecht	310
I. Gemeinschaftsrechtliche Vorgaben für das Verwaltungsverfahren	310
II. Gemeinschaftsrechtliche Vorgaben für den Rechtsschutz	312
C. Der mittelbare Vollzug von Gemeinschaftsrecht	313
§ 27. Einwirkungen des Gemeinschaftsrechts in das allgemeine nationale Verwaltungsrecht	314
Wiederholung	315
Kontrollfragen	315
Lösungen	315

Kapitel 10. Der freie Warenverkehr

§28. Die Abschaffung der Zölle und Abgaben gleicher Wirkung 317

A. Die Gemeinschaft als Zollunion 317

 I. Einführung 317

 II. Zollunion und Binnenmarkt: Umsatzsteuern sind keine Zölle. 318

B. Das Verbot von Zöllen und Abgaben gleicher Wirkung. 322

 I. Definition eines Zolls. 322

 II. Die Erhebung von Zöllen in der Praxis. 323

III. Abgaben zollgleicher Wirkung 326

 IV. Zusammenfassung 327

§ 29. Die Beseitigung der mengenmäßigen Ein- und Ausfuhrbeschränkungen und der Maßnahmen gleicher Wirkung 328

A. Problemstellung und Prüfungsaufbau 328

 I. Vorbemerkungen 328

 II. Prüfungsschema 329

B. Die Prüfungsschritte im einzelnen 330

 I. Das klassische Prüfungsschema 330

 1. Handelsrechtliche Regelung *eines Mitgliedstaats*?. 330

 2. Handelsware i.S.d. Art. 9 und 12 EGV?. 331

 3. Nicht von gemeinschaftlicher Spezialnorm erfaßt?. 333

 4. Das Verbot mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung - der Grundsatz der Warenverkehrsfreiheit 333

 5. Unterschiedliche oder unterschiedslose Behandlung eingeführter Waren im Vergleich zu einheimischen gleichartigen Waren?. 334

 6. Rechtfertigung der Einfuhrbeschränkung?. 335

 7. Keine willkürliche Diskriminierung oder verschleierte Beschränkung i.S.d. Art. 36 Satz 2 EGV. 336

 8. Verhältnismässigkeit 336

 II. Die Reform der Doktrin zur Warenverkehrsfreiheit in der „*Keck-Entscheidung*“. 337

§ 30. Das Verbot diskriminierender inländischer Steuern und Abgaben 339

A. Die Abgrenzung zwischen Art. 9, 12, 13; Art. 30; und Art. 95 EGV. 339

 I. Vorbemerkungen 339

 II. Die Abgrenzung der finanziellen Belastungen von mengenmäßigen Beschränkungen. 341

 III. Die Zuordnung von finanziellen Belastungen. 341

B. Offene und versteckte Diskriminierungen im nationalen Abgabenrecht und das Problem der Vergleichbarkeit der Produkte. 342

 I. Unterschiedliche Steuersätze für vergleichbare Produkte. 342

 II. Die zwei Alternativen des Art. 95 EGV. 343

	Seite
Wiederholung	344
Kontrollfragen	344
Lösungen	345

Kapitel 11. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer

§ 31. Geltungsbereich und Umfang der Freizügigkeit	350
A. Übersicht	350
B. Die Anspruchsgrundlagen der Freizügigkeitsrechte	352
I. Primäres Gemeinschaftsrecht, Artikel 48 ff. EGV.	352
II. Sekundäres Gemeinschaftsrecht	353
1. VO 1612/68 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Ge- meinschaft.	353
2. RL 68/360 zur Aufhebung der Reise- und Aufenthaltsbeschränkungen für Arbeitnehmer der Mitgliedstaaten und ihre Familienangehörigen in- nerhalb der Gemeinschaft.	353
3. VO 1251/70 über das Recht der Arbeitnehmer, nach Beendigung einer Beschäftigung im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats zu verbleiben	355
4. RL 90/365 über das Aufenthaltsrecht der aus dem Erwerbsleben ausge- schiedenen Arbeitnehmer und selbständigen Erwerbstätigen.	355
5. RL 93/96 über das Aufenthaltsrecht der Studenten.	356
6. RL 90/364 über das Aufenthaltsrecht.	356
7. VO 1408/71 über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Wanderarbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehö- rige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, s. u. § 34	356
C. Inhalt und Voraussetzungen der Freizügigkeitsansprüche im einzelnen: Prüfungs- schema	357
I. „Wanderarbeitnehmer“ mit der Staatsangehörigkeit eines der Mitgliedstaa- ten	358
1. Arbeitnehmer.	358
2. Arbeitnehmer, der von seinen Freizügigkeitsrechten Gebrauch (ge-)macht (hat).	359
3. Und der die Staatsangehörigkeit eines der Mitgliedstaaten besitzt	360
II. Familienangehörige eines Wanderarbeitnehmers, ungeachtet ihrer Staatsan- gehörigkeit	361
III. Zukünftige Arbeitnehmer in der Berufsausbildung: „Vor-Arbeitnehmer“	362
D. Die Ansprüche im einzelnen	364
I. Ausreise aus dem Heimatstaat	364
II. Einreise in den Aufnahmestaat	365
III. Arbeitssuche.	365
IV. Dauerhafter Aufenthalt im Aufnahmestaat	366
V. Gleichbehandlung beim Zugang zu einer Beschäftigung, bei der Entlohnung, bei allen sonstigen Arbeitsbedingungen und bei der Entlassung.	366
VI. Erwerb von Wohneigentum	367
VII. Gleichbehandlung hinsichtlich sonstiger sozialer Vergünstigungen	367

	Seite
VIII. Sonderrechte von Ehepartnern und Kindern	369
IX. Sonderfall Assoziierungsabkommen	369
§ 32. Ausnahmen zum Schutz der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit,	
Art. 48 III EGV.	371
I. Primär- und sekundärrechtliche Regelungen	371
II. Anwendungsbereich der Ausnahmen von der Personenfreizügigkeit	371
III. Rechtfertigungsgründe für Freizügigkeitsbeschränkungen	371
1. Gründe der öffentlichen Ordnung und Sicherheit	372
2. Gründe der öffentlichen Gesundheit	373
IV. Eröffnung des innerstaatlichen Rechtswegs.	373
§ 33. Ausnahmen für die hoheitliche Verwaltung der Mitgliedstaaten,	
Art. 48 IV EGV.	374
§ 34. Grundzüge der sozialen Sicherheit der Wanderarbeitnehmer.	376
I. Die wichtigsten Normen des Sekundärrechts.	376
II. Die elementaren Grundsätze des Sozialrechts.	377
1. Verbot der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit	377
2. Versicherungsschutz unabhängig vom Wohnort	377
3. Kumulierung aller Versicherungswesen.	378
4. Verhinderung der Lez'stangskumulierung.	378
III. Erfasste Leistungssysteme.	379
§ 35. Das Schengener Abkommen und die Abschaffung der EU-Binnengrenzen	380
Wiederholung	382
Kontrollfragen	382
Lösungen	382
Kapitel 12. Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit von natürlichen Personen und Gesellschaften	
§ 36. Die Liberalisierung von selbständigen Tätigkeiten in der Gemeinschaft	385
A. Selbständige und unselbständige Tätigkeiten	385
B. Die schrittweise Liberalisierung selbständiger Tätigkeiten nach Art. 54 und 63 EGV.	386
C. Inländergleichbehandlung und echte Betätigungsfreiheit	387
D. Abgrenzung zwischen Niederlassung und Dienstleistung	389
E. Abgrenzung zwischen Dienstleistungsfreiheit und Warenverkehr.	389
F. Spezialgesetzlich geregelte Berufsgruppen.	392
§ 37. Die Niederlassungsfreiheit	392
A. Prüfungsschema für Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit	393
B. Erläuterungen.	393

	Seite
I. Regelung oder Maßnahme eines Mitgliedstaats	393
II. Gemeinschaftsrechtlich geschützte Ausübungsformen des Niederlassungs- rechts	393
1. Begünstigte natürliche und juristische Personen	393
2. Geschützte Ausübungsformen	393
III. Keine hoheitliche Tätigkeit i.S.d. Artikels 55 EGV.	395
IV. Keine abweichende spezialgesetzliche Regelung im Gemeinschaftsrecht	396
V. Diskriminierung oder Inländergleichbehandlung	396
VI. Rechtfertigung aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit i.S.d. Art. 56 I EGV oder aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses.	397
1. Diskriminierende Maßnahmen	397
2. Nicht-diskriminierende Maßnahmen	397
VII. Verhältnismäßigkeit	398
§ 38. Die Dienstleistungsfreiheit	399
A. Fallkonstellationen für die Dienstleistungsfreiheit	399
B. Prüfungsschema	401
I. Regelung oder Maßnahme eines Mitgliedstaats.	401
II. Dienstleistung i.S.d. Art. 60 EGV.	402
III. Keine hoheitliche Tätigkeit i.S.d. Art. 55 i.V.m. Art. 66 EGV.	404
IV. Keine abweichende spezialgesetzliche Regelung im Gemeinschaftsrecht	404
V. Beeinträchtigung einer grenzüberschreitenden Dienstleistung von oder für Staatsangehörige der Mitgliedstaaten.	404
1. Die Erbringung von Dienstleistungen (aktive Dienstleistungsfreiheit)	405
2. Der Empfang von Dienstleistungen (passive Dienstleistungsfreiheit)	405
3. Personenunabhängige Dienstleistungen	405
4. Grenzüberschreitende Zahlungstransfers als Entgelt für Dienstlei- stungen.	406
VI. Diskriminierung	407
VII. Rechtfertigung aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit	407
VIII. Rechtfertigung aus nichtwirtschaftlichen Gründen des Allgemeininteresses	408
IX. Pflicht zur Anerkennung von Schutzmechanismen im Heimatstaat des Dienstleisters.	409
X. Verhältnismäßigkeit	409
Wiederholung	410
Kontrollfragen	410
Lösungen	410

f
[
\
I
I
[

Kapitel 13. Die Kapitalverkehrsfreiheit

§ 39. Der freie Kapital- und Zahlungsverkehr	413
A. Historischer Überblick	413
B. Die Struktur der heutigen gemeinschaftsrechtlichen Regelung von Kapitaltransfers.	415
I. Echter und unechter Kapitalverkehr	415
II. Die Abgrenzung zwischen echtem Kapitalverkehr und dem Zahlungsverkehr zur Ausübung der anderen Grundfreiheiten.	416
C. Inhalt und Reichweite der Kapitalverkehrsfreiheit im Binnenmarkt	418
D. Die Regelungen für den Kapitalverkehr mit Drittstaaten.	419
Wiederholung.	420
Kontrollfragen	420
Lösungen	421

Kapitel 14. Das Wettbewerbsrecht der Europäischen Union

§ 40. Struktur und Anwendungsbereich des EG-Wettbewerbsrechts	423
A. Vorbemerkung	423
I. Ökonomische Grundlagen des Wettbewerbsrechts.	423
II. Der Begriff des Wettbewerbsrechts.	424
B. Materieller Geltungsbereich und Rechtsquellen.	424
C. Persönlicher Geltungsbereich des EG-Wettbewerbsrechts.	426
D. Territorialer Geltungsbereich.	426
E. Zeitlicher Geltungsbereich.	427
F. Abgrenzung zum nationalen Wettbewerbsrecht	427
I. Problemstellung.	427
II. Prüfungszuständigkeit und anwendbares Recht.	428
§ 41. Die Grundzüge des materiellen Rechts	430
A. Das Verbot wettbewerbsbeschränkender Kartelle.	430
I. Unzulässige Vereinbarungen oder Abstimmungen zwischen Unternehmen oder Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen.	430
II. Beschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezweckt oder bewirkt	432
III. Auswirkungen auf den zwischenstaatlichen Handel.	433
IV. Nicht nach Art. 85 III EGV genehmigt und nicht genehmigungsfähig	434
B. Das Verbot der mißbräuchlichen Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung.	435
I. Tatbestand und Prüfungsschema	435
II. Beherrschende Stellung	435
1. Ermittlung des Marktes.	437
a) Der Produktmarkt	437
b) Der räumlich relevante Markt	437
c) Der zeitliche Faktor.	438

	Seite
d) Zwischenergebnis: zu untersuchender Markt	438
2. Ermittlung der Macht	438
a) Marktanteile des beschuldigten Unternehmens und seiner wichtigsten Wettbewerber.	438
b) Potentieller Wettbewerb und Marktzutrittschranken.	438
c) Geschäftsgebahren und geschäftlicher Erfolg des untersuchten Unternehmens.	439
d) Besonderheiten des Produkts.	439
III. Mißbräuchliche Ausnutzung	439
1. Vertikaler oder horizontaler Mißbrauch.	440
2. Regelbeispiel nach Art. 86 II EGV oder sonstiger Mißbrauch.	440
3. Kein Kausalitätserfordernis zwischen beherrschender Stellung und Mißbrauch!	442
4. Objektiv nicht gerechtfertigt	442
IV. Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten.	442
C. Wirkung und Rechtsfolgen der Art. 85 und 86 EGV.	443
I. Unmittelbare Rechtsfolge: Verbot und Nichtigkeit	443
II. Mittelbare Rechtsfolgen: Unterlassungsansprüche, Schadensersatzansprüche.	443
III. Rechtsschutz.	444
D. Beschränkungen staatlicher Beihilfen.	444
I. Definition.	444
II. Zulässige Beihilfen im Binnenmarkt	446
III. Verfahren bei der Gewährung von Beihilfen.	447
IV. Rechtsschutz.	448

Kapitel 15. Außenbeziehungen der Gemeinschaft

§ 42. Die Gemeinschaft als Völkerrechtssubjekt	451
A. Völkerrechtliche Grundlagen	451
B. Die Völkerrechtssubjektivität der Gemeinschaft im Außenverhältnis.	452
§ 43. Völkerrechtliche Verträge und einseitige Völkerrechtsakte der Gemeinschaft	453
A. Die Kompetenzverteilung im Innenverhältnis zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten bei der Gestaltung der internationalen Beziehungen.	453
I. Grundsatz	453
II. Ausdrückliche Vertragsschließungskompetenzen in den Gründungsverträgen der Gemeinschaft und implizite Vertragsschließungskompetenzen gemäß Rechtsprechung des EuGH	454
III. Der Sonderfall der „Gemischten Abkommen“.	456
IV. Die Bindungswirkung und die unmittelbare Anwendbarkeit von völkerrechtlichen Verträgen der Gemeinschaft	457
V. Die Bindung der Gemeinschaft an völkerrechtliche Verträge der Mitgliedstaaten.	458

	Seite
B. Das gemeinschaftsrechtliche Verfahren beim Abschluß völkerrechtlicher Verträge mit Drittstaaten oder internationalen Organisationen.	459
C. Die Assoziierungsabkommen der Gemeinschaft als Sonderform völkerrechtlicher Verträge.	460
D. Einseitige völkerrechtliche Maßnahmen der Gemeinschaft.	461
Wiederholung.	462
Kontrollfragen.	462
Lösungen.	463
Entscheidungsverzeichnis.	465
Verzeichnis der zitierten Rechtsquellen.	473
Sachverzeichnis.	479